



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Florian von Brunn, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Florian Ritter, Inge Aures, Klaus Adelt SPD**

Solidarität mit Uiguren

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag gedenkt der Opfer des Massakers von Ürümqi in der chinesischen Provinz Xinjiang vom 05.07.2009.

Der Landtag erklärt sich solidarisch mit der größten uigurischen Exilgemeinde außerhalb Chinas, die in Bayern eine Zuflucht und neue Heimat gefunden hat. Mit knapp 1.700 Uiguren im Freistaat, unter ihnen knapp 800 in München.

Der Landtag betrachtet mit Sorge, dass sich in den vergangenen zehn Jahren die Menschenrechtssituation der Uiguren in der Volksrepublik China dramatisch verschlechtert hat.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich auf allen geeigneten politischen Ebenen für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation der Uiguren einzusetzen.

Begründung:

Seit der blutigen Niederschlagung uigurischer Demonstrationen im Juli 2009, bei denen mindestens 197 Menschen ums Leben kamen, hat die Volksrepublik China ihre Repressionen in der Uiguren-Region Xinjiang deutlich erhöht. Bis heute sind viele Schicksale des Massakers ungeklärt und viele Menschen vermisst.

Die UN und Menschenrechtsorganisationen werfen China vor, ein Kontroll- und Umerziehungsregime gegen Uiguren und andere Muslime in Xinjiang installiert zu haben. Mehr als eine Million Uiguren sind in politischen Umerziehungslagern interniert. Den chinesischen Machhabern geht es offensichtlich darum, die turksprachige Gemeinschaft zu enturzeln und durch Zwang im Sinne der kommunistischen Partei sozial umzuformen.

Zehn Jahre nach den Unruhen von Ürümqi hat die chinesische Regierung die Religionsfreiheit und kulturelle Selbstbestimmung der Uiguren in Xinjiang immer weiter limitiert. Die Anwendung der uigurischen Sprache und Schrift ist in den Schulen verboten. Versammlungs-, Meinungs- und Reisefreiheit der Uiguren sind verboten. Die Uiguren-Region ist Schauplatz eines Polizei- und Überwachungsstaates. Einen unabhängigen Zutritt gibt es weder für Diplomaten noch für Journalisten.